

Netzwerk „Gründung für Alle“ / Social Impact gGmbH

Zusammengefasste Antworten von Nicola Beer (EU-Spitzenkandidatin der FDP), Thorsten Lieb (Kreisvorsitzender der FDP in FFM) & Jan-Christoph Oetjen (Spitzenkandidat der FDP Niedersachsen) sowie einzelnen Antworten (siehe unten) von Reinhard Houben (Bundestagsabgeordneter der FDP)

1) Sicherstellung der Lebensgrundlage für Gründer*innen

Potenzielle Gründer*innen können ohne einen finanziellen Zuschuss zur Sicherung des Lebensunterhaltes eine Geschäftsgründung nicht vorbereiten.

Wie steht Ihre Partei zu der Forderung, dass alle Gründungspotenziale ausgeschöpft werden müssen und potenzielle Gründer*innen eine finanzielle Unterstützung zur Sicherung des Lebensunterhaltes in der Gründungsphase erhalten sollten?

Start-ups sind ein Garant wirtschaftlicher Innovation und gesellschaftlichen Wohlstands. Sie ermöglichen Selbstverwirklichung und größere persönliche Freiheit. Unser Wohlstand hängt davon ab, dass wirtschaftliche Innovation stattfindet. Wir Freie Demokraten stehen daher positiv zu dieser Forderung einer finanziellen Unterstützung für Gründerinnen und Gründer. Beispielsweise haben wir in Nordrhein-Westfalen daher bereits das Gründerstipendium NRW eingeführt, womit innovative Gründerinnen und Gründer bis zu einem Jahr lang 1000 Euro Unterstützung monatlich erhalten. Darüber hinaus erhalten sie die Gelegenheit, sich in Gründernetzwerken auszutauschen und sich durch individuelles Coaching begleiten zu lassen.

Um die finanziellen Belastungen bei einer Gründung zu senken, sind Gründungen von einem Zwang zu Mehrfach-Kammerzugehörigkeit zu befreien sowie Krankenkassenbeiträge von freiwillig gesetzlich versicherten Selbstständigen anhand des tatsächlichen Einkommens zu bemessen. In den ersten zwei Jahren nach der Gründung muss die Mitgliedschaft in der IHK bzw. Handwerkskammer beitragsfrei sein.

Der Gründungszuschuss ist von einer vorhandenen Arbeitslosigkeit abzukoppeln.

2) Gründungsqualifizierung und -begleitung

Ein nachhaltiger Gründungserfolg ist abhängig von einer engen Begleitung des Vor- und Nach-Gründungsprozesses durch qualifizierte Berater*innen. Solche Gründungsqualifizierungs- und Beratungsangebote müssen in einer ausgeprägten Gründerinfrastruktur eingebettet sein.

Wie planen Sie Gründer*innen in Deutschland einen gleichberechtigten Zugang zu Gründungsunterstützungsleistungen zu ermöglichen?

Wir Freie Demokraten legen unseren Fokus hier insbesondere darauf, Gründungen zu vereinfachen und damit auch den Beratungsbedarf zu senken. Wir wollen Bürokratie abbauen, damit sich junge Unternehmen auf ihr Geschäft konzentrieren können statt auf Formulare. Behördengänge für Gründerinnen und Gründer müssen so weit reduziert werden, dass eine Gründung an einem

einzigem Werktag und online möglich ist. Hierzu braucht es eine unabhängige Beratungsstelle, die zugunsten des Unternehmens und nicht des Staates berät. Neben der Herstellung einer schnellen Geschäftsfähigkeit von Gründungen möchten wir deshalb zum Beispiel ein bürokratiefreies Jahr für Start-ups schaffen.

Wir möchten dafür hinaus bei der Gründung durch die Schaffung eines Netzwerks Investoren unterstützen. Dieses soll das Matching zwischen Gründerinnen und Gründern sowie Investoren erleichtern.

3) Gründung im Nebenerwerb und Unterstützung von Gründungen von Eltern

Gerade für Alleinerziehende kommen Gründungen, v. a. auch Nebenerwerbsgründungen als Alternative zu andere Formen der Beschäftigung vermehrt in Frage. Hierauf sind Qualifizierungs- und Finanzierungsleistungen nicht ausgerichtet.

Welchen Stellenwert messen Sie der Förderung von gründungswilligen Alleinerziehenden in Ihrem aktuellem Parteiprogramm bei?

Welche Maßnahmen ergreifen Sie um Nebenerwerbsgründungen zu erleichtern?

Nebenberufliche Gründungen und Gründungen aus der Elternschaft heraus bilden etwa ein Fünftel der Gründungen. Hier sind noch ungehobene Potentiale vorhanden. Wir Freie Demokraten setzen dafür ein, diese Gründungen zu erleichtern.

Zur sozialen Absicherung soll auch Gründerinnen und Gründern, die nicht aus der Arbeitslosigkeit, sondern aus der Familienphase kommen, befristet auf maximal 15 Monate, eine Pauschale von 300 Euro gewährt werden, die es ermöglicht, sich freiwillig in die gesetzlichen Sozialversicherungen abzusichern.

4) Gründungsaktivitäten bei Migrant*innen

Migrant*innen weisen eine relativ hohe Gründungsaktivität auf. Unternehmensgründungen von Migrant*innen tragen nachweislich nicht nur zur regionalen Wirtschaftsbelebung bei, sondern leisten auch einen wichtigen Integrationsbeitrag.

Gründer*innen mit Migrationshintergrund stehen in der Gründungsphase vor besonderen Herausforderungen aber es gibt nur wenige spezifische Beratungs- und Unterstützungsangebote.

Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, die Unterstützungs- und Beratungsleistungen für Gründer*innen mit Migrationshintergrund zu verbessern?

Wie stehen Sie dazu, dass § 21 Aufenthaltsgesetz zu reformieren und die jeweiligen Verwaltungsvorschriften anzupassen?

Wir Freie Demokraten haben in der Vergangenheit bereits erhebliche Liberalisierungen des Einwanderungsrechts erreicht, darunter auch bei den Regelungen für Unternehmensgründerinnen und -gründer im Aufenthaltsgesetz. Diesen Weg wollen wir weitergehen – für uns ist nicht wichtig, woher jemand kommt, sondern wo er mit uns hin will.

Um Gründungen auch für Migrantinnen und Migranten zu erleichtern, setzen wir insbesondere auf Bürokratieabbau. Darüber hinaus wollen wir Englisch als zweite Verwaltungssprache einführen, so dass mögliche Probleme durch eine Sprachbarriere gemindert werden können.

5) Gründungspotenziale älterer Menschen

Das Gründungspotenzial älterer Menschen wird bisher kaum genutzt. Durch eine zielgruppengerechte Unterstützung wird ein wichtiger Beitrag zur Vitalisierung von Wirtschaftsprozessen, zur Bekämpfung von Altersarmut und zur Sicherung der Nahversorgung, insbesondere in ländlichen Regionen, gewährleistet.

Wird sich Ihre Partei für eine Gründungsunterstützung von älteren Menschen einsetzen? Welche Maßnahmen ergreift Ihre Partei, um die Gründungsunterstützung dieser Zielgruppe voranzutreiben?

Das größte Hindernis bei der Aktivierung älterer Menschen sind derzeit die äußerst unattraktiven Hinzuverdienstregeln bei der gesetzlichen Rente. Deshalb wollen wir Freie Demokraten alle Hinzuverdienstgrenzen neben dem Rentenbezug abschaffen.

6) Unterstützung von Gründerinnen

Frauen weisen ein hohes Gründungspotenzial auf, welches noch nicht ausgenutzt ist. Zusätzlich wird von Ihnen der Weg in die Selbständigkeit erschwert, da viele Gründerinnen einer „doppelten Diskriminierung“ durch zusätzliche Merkmale wie Migrationshintergrund oder Alter ausgesetzt sind. Das Bild von weiblichen Gründerinnen und Unternehmerinnen muss in der Gesellschaft gestärkt werden. Damit Frauen den Weg in die Selbständigkeit wählen und sie während des Gründungsprozesses passgenau unterstützt werden, bedarf es spezifischer Gründungsprogramme und Unterstützungsmaßnahmen.

Welche Maßnahmen plant Ihre Partei zu ergreifen, um Frauen den Weg in die Selbständigkeit zu erleichtern und sie während des Gründungsprozesses zu unterstützen?

Wir Freie Demokraten möchten mehr Frauen zur Gründung von Unternehmen ermutigen und das Potential unter Gründerinnen stärker ausschöpfen.

Frauen gründen häufiger alleine, weshalb wir Freie Demokraten uns für die Verbesserung der Rahmenbedingen und für den Abbau bürokratischer Hürden (beispielsweise durch ein bürokratiefreies Jahr) für kleine Gründungen einsetzen.

Ein, wenn nicht das größte Hindernis für Gründerinnen ist die große Sorge vor Altersarmut. Daher ist eine gesicherte Basisrente mit Anrechnung geleisteter Arbeitsjahre auch während der Selbstständigkeit ein entscheidender Faktor.

Nur an 17 Prozent der Start-ups, welche Wagniskapitel erhalten, sind Frauen beteiligt, weshalb wir Gründerinnen bei dem Zugang zu und der Einwerbung von Wagniskapital besser unterstützen möchten. Dafür ist ein Venture Capital Fonds in Form einer öffentlich-privaten Partnerschaft einzurichten. Darüber hinaus wollen wir weibliche „Business Angels“ fördern, indem beispielsweise die vorhandenen Netzwerke bei einer zentralen Anlaufstation gesammelt werden.

Wir wollen auch frühzeitig Schülerinnen und Studentinnen für das Abenteuer Gründung begeistern und so zum Gründen zu ermutigen. Hierfür möchten wir Entrepreneurship an die Schulen bringen. An Hochschulen sind Entrepreneurship Centres einzurichten, die sich mit ihrem Programm explizit an Studentinnen richten und zugleich des Ausbaus der Forschung zu Female Entrepreneurship dienen.

7) Gründungsunterstützung von schwerbehinderten Menschen

Viele schwerbehinderte Menschen benötigen einen speziell auf die Bedürfnisse ihrer Behinderung eingerichteten Arbeitsplatz, brauchen mehr Ruhephasen oder eine besondere Prozessorganisation. Der Weg in die Selbstständigkeit stellt für viele Menschen mit Schwerbehinderung die einzige Möglichkeit zur Teilnahme am Arbeitsmarkt dar. Bisher existiert nur eine begrenzte Anzahl von Einrichtungen, die sich der Gründungsunterstützung von schwerbehinderten Menschen annehmen. Der Aufbau eines Gründungsunterstützungsangebots für Menschen mit Behinderung stellt einen wichtigen Beitrag zur Inklusion und zur Vervielfältigung der Gründungslandschaft dar.

Wie beabsichtigt Ihre Partei die Gründungsunterstützung von Menschen mit Schwerbehinderung zur fördern?

Wir Freie Demokraten wollen die volle Teilhabe von Menschen mit Behinderungen, indem wir Barrierefreiheit sowie Selbstbestimmung und Eigenverantwortung fördern. Dies sind Voraussetzungen dafür, dass menschliche Vielfalt gewürdigt wird.

Wir Freie Demokraten wollen, dass Leistungen für Menschen mit Behinderungen zusammengefasst und personenbezogen ausgestaltet werden. Das persönliche Budget soll ausgeweitet und insbesondere durch Pauschalierung vereinfacht werden. Leistungen, die die Nachteile der Behinderung ausgleichen (Nachteilsausgleich), sollen einkommensunabhängig gewährt werden. Dies kommt auch Gründerinnen und Gründern mit Behinderung zu Gute.

8) Ländlich schrumpfender Raum

Gründungen finden vornehmlich in urbanen Räumen statt. Die Gründungsneigung in ländlichen Räumen ist wenig ausgeprägt. Gleichzeitig bestehen in vielen ländlichen Räumen Versorgungsengpässen und Bewohner*innen müssen weite Wege auf sich nehmen, um ihre Nachfrage decken zu können. Um Menschen in ländlichen Regionen für eine Gründung zu aktivieren, bedarf es passender Unterstützungsleistungen in ländlichen Räumen.

Welche Maßnahmen müssen Ihrer Auffassung nach ergriffen werden, um die Gründungsaktivitäten in ländlichen Regionen zu verbessern?

Welche Maßnahmen planen Sie, in kommenden Zeit umzusetzen?

Der ländliche Raum erbringt wichtige und vielfältige Produktions- und Dienstleistungen für die Bevölkerung – so sitzt etwa die Hälfte der etwa 3000 deutschen Hidden Champions im ländlichen Raum. Um diesem Anspruch auch weiterhin gerecht zu werden, ist der Zugang zu einem flächendeckenden, hochleistungsfähigen Glasfaser- und Mobilfunknetz sowie zu einer

leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur von größter Wichtigkeit. Auch für potentielle Gründerinnen und Gründer ist die Versorgung ein wesentliches Kriterium für mobiles Arbeiten und ihre Lebensqualität auf dem Land.

Wir Freie Demokraten wollen überall in Deutschland hochleistungsfähiges Internet durch flächendeckende Gigabit-Infrastrukturen sowohl im Festnetz als auch beim Mobilfunk. Darüber hinaus fordern wir schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie zusätzliche Mittel für Verkehrsinvestitionen.

9) Unternehmensnachfolge

Die Übernahme eines Unternehmens stellt eine besondere Chance für Gründer*innen dar. Es bedarf jedoch einer professionalisierten Prozessbegleitung, um die mit einer Unternehmensübernahme zusammenhängenden Risiken zu reduzieren. Gibt es in Ihrer Partei konkrete Vorschläge, wie die große Lücke in der Unternehmensnachfolge geschlossen werden kann?

Jedes Jahr sind viele mittelständische Unternehmen in Deutschland auf der Suche nach einem Nachfolger. Laut dem Nachfolge-Monitoring der KfW-Bank sollen es bis 2020 etwa 227 000 sein. Das Thema der Unternehmensnachfolge ist sehr komplex und in vielen Fällen auch emotional für die Beteiligten. Dennoch ist es ein Thema, mit dem sich jährlich tausende Unternehmen auseinandersetzen müssen. Vor allem für den Mittelstand ist das Thema von großer Wichtigkeit und damit zentral für die deutsche Wirtschaft. Eine erfolgreiche Nachfolge ist aus mehreren Gründen für Gesellschaft und Wirtschaft wünschenswert. Die lange Aufbauphase eines neu gegründeten Unternehmens fällt weg. Vertriebskanäle, Kunden, Lieferanten und anderweitig verbundene Unternehmen sind bereits etabliert und haben Planungssicherheit. Vor allem aber bleiben Arbeitsplätze und Steuereinnahmen der regionalen Wirtschaft erhalten.

Wir Freie Demokraten wollen daher bestehende Angebote wie next-change, Go! und die Unterstützungsprogramme der KfW beibehalten und stärken.

Wahlprüfsteine zum Thema Gründungsunterstützung

Von Reinhard Houben, FDP (NRW)

1) Sicherstellung der Lebensgrundlage für Gründer*innen

Potenzielle Gründer*innen können ohne einen finanziellen Zuschuss zur Sicherung des Lebensunterhaltes eine Geschäftsgründung nicht vorbereiten.

Wie steht Ihre Partei zu der Forderung, dass alle Gründungspotenziale ausgeschöpft werden müssen und potenzielle Gründer*innen eine finanzielle Unterstützung zur Sicherung des Lebensunterhaltes in der Gründungsphase erhalten sollten?

Für Gründerinnen und Gründer in der Startphase ihres Unternehmens gibt es bereits vielfältige Förderungen. Aus unserer Sicht ist das drängendere Problem für Social Entrepreneurs und klassische Startups die Gewinnung von Kapital in der Wachstumsphase des Unternehmens. Hierauf liegt unser Hauptaugenmerk.

2) Gründungsqualifizierung und -begleitung

Ein nachhaltiger Gründungserfolg ist abhängig von einer engen Begleitung des Vor- und Nach-Gründungsprozesses durch qualifizierte Berater*innen. Solche Gründungsqualifizierungs- und Beratungsangebote müssen in einer ausgeprägten Gründerinfrastruktur eingebettet sein.

Wie planen Sie Gründer*innen in Deutschland einen gleichberechtigten Zugang zu Gründungsunterstützungsleistungen zu ermöglichen?

Wir sehen es nicht in der Verantwortung des Bundes, ein omnipräsentes Beratungsnetzwerk für Gründerinnen und Gründer aufzubauen. Hier sind in erster Linie die Industrie- und Handelskammern gefordert. Der Bund sollte beispielsweise zusammen mit der Kreditanstalt für Wiederaufbau thematische Beratungslücken schließen und auf digitale Plattformen setzen, die einen fairen Zugang zu Beratungsleistungen gewährleisten.

3) Gründung im Nebenerwerb und Unterstützung von Gründungen von Eltern

Gerade für Alleinerziehende kommen Gründungen, v.a. auch Nebenerwerbsgründungen als Alternative zu anderen Formen der Beschäftigung vermehrt in Frage. Hierauf sind Qualifizierungs- und Finanzierungsleistungen nicht ausgerichtet.

Welchen Stellenwert messen Sie der Förderung von gründungswilligen Alleinerziehenden in Ihrem aktuellen Parteiprogramm bei?

Unternehmensneugründungen sind von großer Bedeutung für die Zukunft des Standortes. Dabei spielt der persönliche Hintergrund potenzieller Gründerinnen und Gründer keine Rolle. Unser Ziel ist es daher, die Bedingungen für alle Gründerinnen und Gründer zu verbessern.

Welche Maßnahmen ergreifen Sie, um Nebenerwerbsgründungen zu erleichtern?

Das Ziel aller Unternehmensgründungen sollt ein Unternehmensmodell sein, das wirtschaftlich tragfähig ist. Die Ausgestaltung des Unternehmensmodells inklusive des zeitlichen Einsatzes für die Gründung liegt in der Verantwortung der Gründerinnen und Gründer.

4) Gründungsaktivitäten bei Migrant*innen

Migranten*innen weisen eine relativ hohe Gründungsaktivität auf.

Unternehmensgründungen von Migranten*innen tragen nachweislich nicht nur zur regionalen Wirtschaftsbelebung bei, sondern sie leisten auch einen wichtigen Integrationsbeitrag.

Gründer*innen mit Migrationshintergrund stehen in der Gründungsphase vor besonderen Herausforderungen aber es gibt nur wenige spezifische Beratungs- und Unterstützungsangebote.

Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, die Unterstützungs- und Beratungsleistungen für Gründer*innen mit Migrationshintergrund zu verbessern?

Unternehmensneugründungen sind von großer Bedeutung für die Zukunft des Standortes. Dabei spielt der persönliche Hintergrund potenzieller Gründerinnen und Gründer keine Rolle. Unser Ziel ist es daher, die Bedingungen für alle Gründerinnen und Gründer zu verbessern.

Wie stehen Sie dazu, dass § 21 Aufenthaltsgesetz zu reformieren und die jeweiligen Verwaltungsvorschriften anzupassen?

Deutschland ist auf qualifizierte Einwanderung angewiesen, um seinen Wohlstand dauerhaft erhalten zu können. Das geltendes Einwanderungsrecht wird dem nicht gerecht. Bestandteil eines Einwanderungsgesetzbuches muss eine Blue Card oder Chancenkarte für Selbstständige, wie zum Beispiel Gründer und Freiberufler, sein.

5) Gründungspotenziale älterer Menschen

Das Gründungspotenzial älterer Menschen wird bisher kaum genutzt. Durch eine zielgruppengerechte Unterstützung wird ein wichtiger Beitrag zur Vitalisierung von Wirtschaftsprozessen, zur Bekämpfung von Altersarmut und zur Sicherung der Nahversorgung, insbesondere in ländlichen Regionen, gewährleistet.

Wird sich Ihre Partei für eine Gründungsunterstützung von älteren Menschen einsetzen? Welche Maßnahmen ergreift Ihre Partei, um die Gründungsunterstützung dieser Zielgruppe voranzutreiben?

Unternehmensneugründungen sind von großer Bedeutung für die Zukunft des Standortes. Dabei spielt der persönliche Hintergrund potenzieller Gründerinnen und Gründer keine Rolle. Unser Ziel ist es daher, die Bedingungen für alle Gründerinnen und Gründer zu verbessern.

6) Unterstützung von Gründerinnen

Frauen weisen ein hohes Gründungspotenzial auf, welches noch nicht ausgenutzt ist. Zusätzlich wird ihnen der Weg in die Selbständigkeit erschwert, da viele Gründerinnen einer „doppelten Diskriminierung“ durch zusätzliche Merkmale wie Migrationshintergrund oder Alter ausgesetzt sind. Das Bild von weiblichen Gründerinnen und Unternehmerinnen muss in der Gesellschaft gestärkt werden. Damit Frauen den Weg in die Selbständigkeit wählen und sie während des Gründungsprozess passgenau unterstützt werden, bedarf es spezifischer Gründungsprogramme und Unterstützungsmaßnahmen.

Welche Maßnahmen plant Ihre Partei zu ergreifen, um Frauen den Weg in die Selbständigkeit zu erleichtern und sie während des Gründungsprozesses zu unterstützen?

Unternehmensneugründungen sind von großer Bedeutung für die Zukunft des Standortes. Dabei spielt der persönliche Hintergrund potenzieller Gründerinnen und Gründer keine Rolle. Unser Ziel ist es daher, die Bedingungen für alle Gründerinnen und Gründer zu verbessern.

7) Gründungsunterstützung von schwerbehinderten Menschen

Viele schwerbehinderte Menschen benötigen einen speziell auf die Bedürfnisse ihrer Behinderung eingerichteten Arbeitsplatz, brauchen mehr Ruhephasen oder eine besondere Prozessorganisation. Der Weg in die Selbstständigkeit stellt für viele Menschen mit Schwerbehinderung die einzige Möglichkeit zur Teilnahme am Arbeitsmarkt dar. Bisher existiert nur eine begrenzte Anzahl von Einrichtungen, die sich der Gründungsunterstützung

von schwerbehinderten Menschen annehmen. Der Aufbau eines Gründungsunterstützungsangebots für Menschen mit Behinderung stellt einen wichtigen Beitrag zur Inklusion und zur Vervielfältigung der Gründungslandschaft dar.

Wie beabsichtigt Ihre Partei die Gründungsunterstützung von Menschen mit Schwerbehinderung zu fördern?

Unternehmensneugründungen sind von großer Bedeutung für die Zukunft des Standortes. Dabei spielt der persönliche Hintergrund potenzieller Gründerinnen und Gründer keine Rolle. Unser Ziel ist es daher, die Bedingungen für alle Gründerinnen und Gründer zu verbessern.

8) Ländlich schrumpfender Raum

Gründungen finden vornehmlich in urbanen Räumen statt. Die Gründungsneigung in ländlichen Räumen ist wenig ausgeprägt. Gleichzeitig bestehen in vielen ländlichen Räumen Versorgungsengpässe und Bewohner*innen müssen weite Wege auf sich nehmen, um ihre Nachfrage decken zu können. Um Menschen in ländlichen Regionen für eine Gründung zu aktivieren, bedarf es passender Unterstützungsleistungen in ländlichen Räumen.

Welche Maßnahmen müssen Ihrer Auffassung nach ergriffen werden, um die Gründungsaktivitäten in ländlichen Regionen zu verbessern?

Unternehmensneugründungen sind von großer Bedeutung für die Zukunft des Standortes. Dies gilt angesichts des voranschreitenden Strukturwandels insbesondere für den ländlichen Raum und strukturschwache Regionen. Helfen können hier Freiheitszonen, in denen bundesrechtliche Regulierungen und Vorschriften beseitigt oder gelockert werden bzw. landesrechtliche Ausnahmen zugelassen werden.

Welche Maßnahmen planen Sie, in der kommenden Zeit umzusetzen?

Verbesserungen und Erleichterungen für Gründerinnen und Gründer wäre im Bereich der Wirtschaftspolitik der Schwerpunkt der FDP im Falle einer Regierungsbeteiligung auf Bundesebene. Größte Bedeutung haben aus unserer Sicht Bürokratieabbau und Verbesserung des Kapitalzugangs für wachsende Startups.

9) Unternehmensnachfolge

Die Übernahme eines Unternehmens stellt eine besondere Chance für Gründer*innen dar. Es bedarf jedoch einer professionalisierten Prozessbegleitung, um die mit einer Unternehmensübernahme zusammenhängenden Risiken zu reduzieren.

Gibt es in Ihrer Partei konkrete Vorschläge, wie die große Lücke in der Unternehmensnachfolge geschlossen werden kann?

Die zunehmenden Probleme bei der Klärung der Unternehmensnachfolge bremsen die deutsche Wirtschaft. Eine ungeklärte Nachfolge hemmt Investitionen und Innovationen. Zugleich droht der Verlust von Knowhow, Vertriebswegen und Kundenkontakten. Neben Bürokratieabbau und Verwaltungsdigitalisierung wäre der Erhalt bestehender Bestandsschutzregeln für Kleinstbetriebe und kleine Unternehmen bei der Unternehmensübergabe ein wichtiger Schritt, die Unternehmensnachfolge attraktiver zu machen. Grundsätzlich müssen jedoch auch neue Nachfolgemodelle in der Unternehmensübergabe entwickelt werden. Ebenso wichtig sind jedoch Änderungen der Erbschaftssteuer, um die Übernahme in Familienunternehmen zu erleichtern.